

- Vierter Bericht der Landesregierung zur Situation behinderter Menschen:

Fred Konrad redet in leichter Sprache

Staatszeitung vom 14. November 2011:

Bericht zur Lage behinderter Menschen

Die Landesregierung legte einen Bericht über die Situation behinderter Menschen in Rheinland-Pfalz vor. Die Faktionen waren sich einig, dass die in der UN-Konvention festgelegten Ziele einer Behinderte fördernden Politik auch in Rheinland-Pfalz stärker umgesetzt werden sollten.



Ein Eintreten für die Belange Behindter sei in den vergangenen Jahren selbstverständlicher geworden, sieht Fred Konrad (Bündnis 90/Die Grünen) deutliche Fortschritte für die Belange der Behinderten. Die UN-Konvention ziele darauf ab, dass Menschen mit Behinderungen selbst über ihr Wohnen und Zusammenleben bestimmen sowie überall mitmachen können, wo sie wollen. Der Bericht schildere, wie dieses Ziel in den vergangenen drei Jahren in Rheinland-Pfalz verfolgt wurde. „Die UN sagt, dass es in Rheinland-Pfalz Fortschritte gab, und das finden wir Grüne gut“, erläuterte Konrad, der seine Rede in einer für Lernbehinderte geeigneten, vereinfachten Sprache hielt. Eltern sollten sich aussuchen können, ob sie ihr Kind in einen Kindergarten nur mit Behinderten schicken wollen oder nicht. Das gleiche gelte für die Schule. Der Landesaktionsplan bezeichne, was sich alles ändern müsse, damit Behinderte künftig überall mitwirken könnten. „Den Plan finden wir auch gut.“



kabinet-nachrichten (www.kabinet-nachrichten.org) vom 22. Oktober 2011:

Rede im Landtag in leichter Sprache.

Mainz (kabinet) Bei der Debatte um den vierten Bericht der Landesregierung zur Situation behinderter Menschen in Rheinland-Pfalz hielt Dr. Fred Konrad von den Grünen am Donnerstag seine Rede im Plenum des rheinland-pfälzischen Landtages in leichter Sprache. Bei dieser Premiere ging er nicht nur auf die UN-Behindertenrechtskonvention, sondern auch auf den Aktionsplan der rheinland-pfälzischen Landesregierung zu deren Umsetzung in leichter Sprache ein.

Obwohl der Arzt für Kinder- und Jugendmedizin erst seit dem 18. Mai im rheinland-pfälzischen Landtag vertrete-

ten ist, traute er sich an die leichte Sprache heran und erntete dabei auch von Sozialministerin Malu Dreyer (SPD) Anerkennung. "Ich habe letztes Jahr selbst eine Rede in leichter Sprache bei dem Weltkongress von Inclusion International gehalten und weiß, dass es gerade für uns Politiker gar nicht so einfach ist, die Dinge in leichter Sprache darzustellen", erklärte Malu Dreyer. Zuvor hatte Peter Wilhelm Dröscher von der SPD bereits darauf verwiesen, dass der rheinland-pfälzische Aktionsplan auch eine Zusammenfassung in leichter Sprache enthält und daraus zitiert.

Im folgenden zitieren wir einige Auszüge aus der Rede von Dr. Fred Konrad in leichter Sprache: moh
"Unsere heutige Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung wollte ich mit einem Satz wie dem folgenden beginnen:

Die grundlegende Vision des vorliegenden Berichts zur Lage behinderter Menschen und des Landesaktionsplanes ist die umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen der Gesellschaft. Aber: So einen Satz können viele Menschen nicht verstehen.

Deshalb will ich heute ganz bewusst in leichter Sprache reden.

Damit es auch Menschen verstehen, die leichte Sprache brauchen.

Das ist gut für Menschen mit Behinderungen.

Das ist kein Klamauk: Auch Menschen ohne Behinderungen können leichte Sprache besser verstehen.

Behinderte Menschen sollen selbst bestimmen, wie sie leben wollen.

Das hat die UN so bestimmt.

Die UN ist eine Versammlung von Politikern aus allen Ländern der Welt.

Die Versammlung von allen Ländern, die UN, hat Vorschriften gemacht, die nennt man Konvention.

Eine Konvention ist wie ein Gesetz.

Heute geht es um die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen.

Diese Konvention bestimmt viele Sachen.

Ein paar will ich nennen:

Menschen mit Behinderungen sollen selbst bestimmen, wie sie leben wollen.

Menschen mit Behinderungen sollen selbst bestimmen, wie sie wohnen wollen.

Menschen mit Behinderungen sollen selbst bestimmen, mit wem sie zusammen sein wollen.

Menschen mit Behinderungen sollen überall dabei sein können. Das schwere Wort dafür ist „Integration“.

Es ist schwer, alles so zu machen, dass Menschen mit Behinderungen immer dabei sein können.

Deshalb wollen wir, dass Menschen die schlecht gehen können auch überall hin kommen können.

Menschen mit Behinderungen können oft schlecht Treppen gehen. Menschen im Rollstuhl können gar keine Treppen gehen. Rollstühle passen oft nicht durch schmale Türen.

Das schwere Wort für solche Sachen, die im Weg stehen ist „Barrieren“.

Wir wollen weniger Barrieren.

Menschen mit Behinderungen sollen überall mitmachen können. Das schwere Wort dafür ist „Inklusion“.

Oft können Menschen mit Behinderung nicht bei den Anderen dabeisein. Oft können sie nicht mitmachen.

Die Versammlung von allen Ländern, also die UN, hat aber bestimmt, dass man Menschen mit Behinderungen immer dabeisein lassen soll.

Und die Versammlung von allen Ländern, also die UN, hat auch bestimmt, dass man Menschen mit Behinderungen immer mitmachen lassen soll.

Dafür müssen Häuser anders gebaut werden. In großen Häusern soll ein Aufzug sein. Wo Treppen sind, soll es auch Rampen für Rollstühle geben.

Besonders wichtig ist das in Häusern, wo ÄrztInnen sind. Oder auch im Kindergarten oder in der Schule oder im Rathaus.

Heute reden wir über einen Bericht, wie es behinderten Menschen in Rheinland-Pfalz in den letzten 3 Jahren gegangen ist.

Davor gab es schon 3 Berichte, wie Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz leben.

Wir Grüne finden den Bericht gut. In dem Bericht steht, dass Menschen mit Behinderung jetzt mehr mitmachen können und mehr dabeisein können als früher. Das finden wir gut.

Immer mehr behinderte Kinder gehen zusammen mit anderen Kindern in die Schule und in den Kindergarten. Das steht auch in dem Bericht. Und das finden wir auch gut.

Kinder mit Behinderungen brauchen im Kindergarten oft sehr viel Hilfe. Kinder ohne Behinderung brauchen weniger Hilfe.

Manche Eltern finden, dass ihr behindertes Kind nur in einem Extra-Kindergarten genug Hilfe bekommt. Also in einem Kindergarten, wo nur Kinder mit Behinderung sind.

Behinderte Kinder müssen aber nicht in einen Extra-Kindergarten. In jedem Kindergarten sollen behinderte Kinder genug Hilfe bekommen. Dafür müssen manche Helfer auch dahin fahren. Zum Beispiel KrankengymnastInnen oder ErgotherapeutInnen.

Wenn die Helfer behinderte Kinder im Kindergarten besuchen, können alle Kinder zusammen in den Kindergarten gehen. Das finden wir besser.

Eltern sollen sich aussuchen können, in welchen Kindergarten ihr Kind gehen soll. Entweder in einen Kindergarten nur für Kinder mit Behinderungen. Oder in einen Kindergarten für alle Kinder.

Das muss auch in der Schule so sein. Die Kinder mit und ohne Behinderung sollen zusammen in dieselbe Schule gehen.

Die Kinder mit Behinderung sollen in dieser Schule für Alle genauso gute Hilfe bekommen wie bisher.

Die Eltern können sich die Schule für ihr Kind aussuchen.

Auch bei der Arbeit sollen Menschen mit und ohne Behinderung zusammen arbeiten.

Es gibt viele verschiedene Behinderungen.

Deshalb brauchen Menschen ganz viele unterschiedliche Hilfen.

Viele Menschen mit Behinderungen brauchen auch komplizierte Geräte und Rollstühle.

Sie müssen aber oft viel zu lange auf diese Sachen warten. Das darf nicht sein.

Viele Menschen mit Behinderung brauchen Krankengymnastik oder andere Behandlungen.

Viele Menschen mit Behinderungen brauchen spezielle ÄrztInnen und Ärzte.

Andere brauchen spezielle LehrerInnen oder ErzieherInnen.

Nur wenn die vielen Berufe mithelfen, bekommt jeder Mensch mit Behinderung auch die Hilfe, die er braucht.

Viele Menschen mit Behinderungen brauchen besondere Wohnungen.

Die Landesregierung hat auch einen Plan gemacht, damit das alles in Rheinland-Pfalz gut funktioniert.

Dieser Plan heißt Landesaktionsplan.

Da steht drin, was die Landesregierung ändern will, damit Menschen mit Behinderung überall mitmachen können.

Da steht drin, wie Menschen mit Behinderungen überall dabei sein können.

Den Plan finden wir Grüne gut.

In Berlin, wo die Regierung für ganz Deutschland ist, gibt es auch so einen Plan für ganz Deutschland.

Dieser Plan heißt „Nationaler Aktionsplan“

Den Plan hat die Bundesregierung gemacht. In dem Plan stehen aber weniger Änderungen drin als in dem Plan für Rheinland-Pfalz.

Der Plan für Rheinland-Pfalz ist deshalb besser.

Wir Grüne und die SPD wollen den Plan für Rheinland-Pfalz noch besser machen.

Wir in Rheinland-Pfalz wollen, dass die Gesetze für Kinder mit Behinderungen so gemacht werden, dass es für die Eltern eine Stelle gibt, wo sie alles über die Hilfen für Ihr Kind erfahren können.

Wir in Rheinland-Pfalz wollen, dass Menschen mit Behinderung Wohnungen bekommen, wo sie alle Hilfen bekommen, die sie brauchen. Damit sie da wohnen können, wo die anderen Menschen auch wohnen.

Wir in Rheinland-Pfalz wollen, dass Menschen mit Behinderungen selbst bestimmen können, wer ihnen hilft.

Wir in Rheinland-Pfalz wollen, dass die Menschen mit Behinderungen selbst bestimmen können, welche Hilfe sie bekommen. Wir wollen auch, dass sie selbst bestimmen können, was die Helfer bei ihnen machen sollen.

Man nennt das auch „persönliche Assistenz“.

Wir in Rheinland-Pfalz wollen, dass Menschen mit Behinderung öfter selbst bestimmen können wie das Geld für ihre Hilfen ausgegeben wird: Das nennt man auch „persönliches Budget“. Auch das sollen mehr Menschen mit Behinderung bekommen.

Wir in Rheinland-Pfalz wollen, dass Menschen mit Behinderung nicht gezwungen werden, in einem Heim zu leben.

Nochmal zurück zu dem Bericht der Landesregierung:

Der zeigt: In Rheinland-Pfalz wird eine gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen gemacht.“